

Wassenberg, 07.04.2011

Stellungnahme zur Haushaltssatzung 2011

Es gilt das gesprochene Wort!!!

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
verehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen!**

**Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, auch Sie möchten wir herzlich grüßen und
für Ihr Interesse danken!**

**Ebenso gilt den Vertreterinnen und Vertretern der Presse ein herzlicher
Willkommensgruß!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Arbeitslosenzahlen sinken und die Steuereinnahmen steigen. Ist die Wirtschafts- & Finanzkrise also überwunden? Und wenn ja, was spüren wir davon bei uns vor Ort in den Kommunen? Leider nicht sehr viel.

Noch im letzten Jahr lautete ein entscheidender Passus in der Haushaltsrede der CDU-Fraktion wie folgt: „Die sprunghaft ansteigenden sozialen Belastungen und die Auswirkungen aus Hartz IV verschlechtern zusehends die Situation. Hier sind Land und Bund gefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen. Täglich werden wir mit den enormen Schuldenbergen der Kreise, Städte und Gemeinden konfrontiert.“

Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Martin Junkernheinrich sagte zum Thema „Kommunalverschuldung ohne Ende?“ Zitat „*Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist kurz nach zwei.*“, U. a. forderte er die

- dauerhafte Sicherung einer aufgabengerechten Finanzausstattung
- eine höhere Bundesbeteiligung an den kommunalen Soziallasten
- Landesseitig eine Höherdotierung des kommunalen Finanzausgleichs und eine zehnjährige Entschuldungshilfe

Was bedeutet dies in der Konsequenz letzten Endes für uns, die betroffenen Kommunen und im Sinne von konkreten Handlungsempfehlungen auf allen politischen Ebenen?

Wagen wir einen Blick darauf, was Bund und Land tatsächlich tun, um den Kommunen zu helfen.

Zwischenzeitlich hat sich die Bund-Länder Kommission zur Hartz-IV-Reform im Februar auf eine schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung geeinigt, ein Hoffnungsschimmer.

Aber das Land NRW bekleckert sich nicht gerade mit Ruhm, wenn es um die Lösung der kommunalen Finanzmisere geht: Die Landesregierung hat zwar im Rahmen des „Aktionsplans Kommunalfinzen“ 300. Mio. Euro an die Kommunen ausgeschüttet. Andererseits hat sie jüngst im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 eine Aktualisierung der Datengrundlage vorgenommen; mit fatalen Folgen, vor allem für die Kreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Bei vielen Kommunen in NRW, kommt es dadurch zu massiven Kürzungen. Dies trifft leider auch uns Kommunen im Kreis Heinsberg.

So viel zu Bund und Land; schwenken wir nun den Blick auf das gemeinsame Boot Kommunen und somit auf den Kreis:

Jedes Jahr steht auch die Kreisumlage im besonderen Interesse bei den Haushaltsberatungen in den kreisangehörigen Kommunen. Voriges Jahr ist es dem Kreis erfreulicher Weise gelungen, unterjährig möglichst 2 Mio. zusätzlich einzusparen, so dass die Kreisumlage für das Jahr 2010 statt mit rd. 117,1 Mio. € nur mit rd. 115,1 Mio. € abgerechnet wurde.

Eine weitere Entlastung der Kommunen durch den Kreis in Höhe von 2 Mio. €, denn der Kreistag hatte am 21.12.2010 darüber hinaus auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion beschlossen, die Erstattung der Beteiligung des Kreises an der Wohngeldentlastung des Landes aufgrund des Ergebnisses einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof NRW an die Kommunen durchzuleiten.

Für das Haushaltsjahr 2011 wurde in der Kreistagssitzung am 22.02.2011 der Kreisumlagebedarf auf rd. 114,9 Mio. € festgesetzt. Damit wird ein Wert erreicht, der noch etwas unter der Umlage des Vorjahres liegt. Auch in diesem Jahr zeigt sich der Kreis somit als verlässlicher Partner seiner kreisangehörigen Kommunen. Weiter so!

Ohnehin stehen der Kreis und letztlich auch die Stadt Wassenberg bei einem Blick in die kommunalen Haushalte im gesamten Land NRW eigentlich noch vergleichsweise gut da. Noch!

Die Ausgleichsrücklage wird den Planungen für dieses Jahr zu Folge aufgebraucht und nunmehr die allgemeine Rücklage in Höhe von rd. 2,4 Mio. € in Anspruch genommen; dies ist zwar unerfreulich, aber noch nicht dramatisch.

Den bisherigen Planungen und Prognosen zufolge wird Wassenberg weder in diesem Jahr, noch in 2012 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen und voraussichtlich auch danach noch nicht. Dies ergibt sich auch eindeutig aus dem Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2011.

Da muss man sich doch übrigens fragen, wie Herr Dr. Feix, seines Zeichens sachkundiger Bürger der Linken, seine pressewirksamen Äußerungen argumentativ zu untermauern vermag, wenn er behauptet: „Eins ist klar: Wassenberg fällt 2012 unter das Haushaltssicherungskonzept.“ (Leserbrief HZ, 26.03.2011).

Herr Feix, mit solchen unsachliche Behauptungen erreichen Sie nur eines: Sie verunsichern unnötig unsere Wassenberger Mitbürgerinnen und Mitbürger! Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wassenberg setzt weiterhin auf eine faire und konstruktive Sachpolitik zum Wohle unserer Bürger, denn das sind wir ihnen schuldig!

Wir müssen: Motiviert und positiv die kommenden Herausforderungen annehmen. Wir müssen hier vor Ort unsere Hausaufgaben machen, neue Dinge anpacken und gute eingeschlagene Wege wie beispielsweise die Stadtkernsanierung, die sich mittlerweile im 2. Bauabschnitt befindet, konsequent weiter gehen. Für das Freibadareal muss eine Gesamtlösung her, dieses darf auf keinen Fall ein weiteres Jahr so liegen bleiben.

Als wichtige Baumaßnahmen sind die energetischen Sanierungen städtischer Gebäude zu nennen, die mit knapp 2 Mio. € aus Konjunkturpaket-II-Mitteln finanziert wurden; ebenso wie neue Begegnungsstätte Pontorsonplatz; vom Fortschritt der Bauarbeiten kann sich jeder überzeugen. Ein entscheidender Punkt für die Zukunft Wassenbergs wird das grenzüberschreitende Tourismuskonzept mit all seinen Facetten sein!

Es gibt viel zu tun! Alles selbstverständlich mit dem notwendigen Augenmaß, wirtschaftlichem Denken und dem nachhaltigen Ziel einer Haushaltskonsolidierung. Einnahmemöglichkeiten sind zu generieren, die Ausgaben auf das Notwendige zu begrenzen. Wir fordern die kurzfristige Einführung eines unterjährigen, möglichst quartalsweisen Berichtswesens, damit der Rat seine Verantwortung für die Finanzen der Stadt Wassenberg sachgerecht wahrnehmen, ggf. steuernd eingreifen und die jeweiligen Haushaltsentwicklungen überwachen kann.

Aber wie sehen die Zahlen konkret für das Jahr 2011 aus? Zur Detailanalyse und Bewertung des umfassenden Zahlenwerkes Haushaltsentwurf 2011 gebe ich das Wort ab an unseren Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Dohmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das beherrschende Thema dieser Tage ist der **Beigeordnete**. Presseberichte und Presseerklärungen deuten darauf hin. - *Über eine richtige und zeitverzögerte Wiedergabe lässt sich streiten* - . Das Thema „Beigeordneter“ wird auch wohl heute in den Haushaltsreden einen großen Raum einnehmen. Deshalb steige ich mit diesem Thema direkt in unsere Wassenberger Politik ein.

Die Gerüchküche brodeln. Stimmt! In unserer Fraktion gibt es erfreulicherweise und Gott sei Dank hervorragende, engagierte, motivierte und qualifizierte Mitglieder, die durchaus ein solches Amt bekleiden könnten. Wir bleiben jedoch unserem Prinzip treu: **keine Selbstbedienung aus der eigenen Fraktion**. Sehr zum Nachteil unserer Fraktionskollegin oder Kollegen; möglicherweise ernten wir mit dieser Einstellung auch Kritik und stoßen damit auf Unverständnis in der Bevölkerung.

Politische Gründe!

Der uns unterstellte politische Beweggrund ist hier fehl am Platze und völlig abwegig. Das unvorhersehbare plötzliche Ausscheiden eines führenden Mitarbeiters aus der Verwaltung hat uns schließlich zum unmittelbaren Handeln gezwungen. Mit der Wiederbesetzung der Stelle des Beigeordneten, die perspektivisch für unsere Stadt

von großer Bedeutung ist, federn wir auch den vakant gewordenen Aufgabenbereich „Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen“ ab. Und wir erfüllen damit auch die diesbezügliche Forderung aller Fraktionen – auch die der SPD.

Mit der Besetzung der Beigeordnetenstelle wird auch eine zwingend notwendige und zukunftsweisende Umstrukturierung der Verwaltung mit einem bürgernahen, bürgerfreundlichen und kundenorientierten Leistungsangebot und Bürgerservice einhergehen. Ein solcher Wandel ist fällig.

Notstand?

Ein weiterer Aspekt, der die Neustrukturierung der Verwaltung erforderlich macht, erklärt sich aus folgenden Rückschlüssen: Zu Recht oder zu Unrecht werden im Vorbericht zum Haushaltsentwurf der erkennbare Entwicklungsstillstand und die versäumte Zeit, die es nachzuholen gilt, beklagt. Auch von überfälligen Strategien zur Belebung und Entwicklung der Innenstadt ist die Rede. Aus diesem offensichtlichen Handlungsbedarf heraus ist eine neue Aufgabenverteilung mit einer eindeutigen Verantwortlichkeit erforderlich. Wo sie im Einzelnen liegt, werden wir noch im weiteren Verlauf dieser Sitzung unter der Stellenbeschreibung des Beigeordneten hören.

Erfreulich und ermutigend werten wir die parteiübergreifende konstruktive Mitwirkung - auch der SPD-Fraktionskollegen - bei der Zuordnung des Geschäftsbereiches für den Beigeordneten und die Abfassung der Stellenbeschreibung in der eigens hierfür angesetzten interfraktionellen Sitzung. Soll das nicht mehr gelten?

Kosten und die drohende Haushaltssicherung!

Wir nehmen die Sorgen der SPD-Fraktionskolleginnen und Kollegen – die übrigen Fraktionen haben sich bislang nicht öffentlich erklärt – schon ernst. Aber deshalb unsere gesetzlich verankerte Selbstverwaltung durch Einschaltung der Kommunalaufsicht aufzugeben, halten wir für maßlos überzogen.

Der Rat und auch die Verwaltung sind sich ihrer Verantwortung bewusst und nehmen diese gegenüber der Bevölkerung auch wahr. Und da stellen wir uns klar auf die Seite des Kämmers, der den Weg in die Haushaltssicherung bisher mit großer Umsicht vermieden hat und nach seinen eigenen Aussagen auch künftig gemeinsam mit dem Rat verhindern wird.

Im Übrigen sind die Personalkosten einschließlich der Sozialabgaben und Pensionsverpflichtungen für den Beigeordneten bereits in den Haushalten 2010 und 2011 ergebniswirksam eingestellt. Insofern können wir hier keinen Zusammenhang mit der Haushaltssicherung erkennen.

Vordergründige Argumentation!

Für uns als CDU-Fraktion ist die menschliche Komponente auch ein wesentlicher Gesichtspunkt für unsere Entscheidung gewesen. Die derzeitige Aufgabenkonzentration mit einer großen Verantwortung reichte oftmals bis an die Grenze der menschlichen Belastbarkeit. Wöchentliche Arbeitsleistungen von 60

Stunden und mehr einzelner Mitarbeiter sind laut Aussage des zuständigen Dezernenten keine Seltenheit. Ist dieser Zustand auf Dauer noch zu vertreten? Ganz abgesehen von den Kosten, die durch evtl. Ausfälle entstehen würden, ist die Fürsorgepflicht für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höher zu bewerten. Aus dieser Verpflichtung kann der Rat sich nicht heraus stellen. *Das ist keine vordergründige Argumentation – sie ist wahrhaftig und ehrlich, auch wenn das womöglich anders interpretiert wird.*

Wir als CDU-Fraktion sind fest davon überzeugt, dass mit einem Beigeordneten die Schlagkraft der Verwaltungsspitze mit Bürgermeister und Kämmerer optimiert wird und dieses Dreierteam gemeinschaftlich und harmonisch unter Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die immensen künftigen Herausforderungen zum Wohle unserer Stadt auch meistern wird.

Wir hoffen, dass unsere Botschaft nun verstanden ist und wünschen uns eine gemeinsame parteiübergreifende Suche nach einer qualifizierten und passenden Persönlichkeit für das Amt des Beigeordneten.

Wenn das alles gelingt, brauchen wir uns um die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes keine Sorge machen.

Dennoch möchte ich kurz auf den Haushaltsentwurf 2011 eingehen.

Neuer Negativ-Rekord!

Der Haushaltsentwurf für 2011 stellt einen neuen Negativ-Rekord mit einem veranschlagten Verlust von rund 4,0 Mio. Euro dar. Den Einnahmen in Höhe von 26,4 Mio. Euro stehen Aufwendungen von 30,4 Euro gegenüber. **Eine erschreckende Bilanz!**

Im letzten Jahr präsentierte uns der Kämmerer ein ähnlich negatives Ergebnis, was wir allerdings auf 3,7 Mio. Euro begrenzen; **mit Erfolg!** Das Jahresergebnis für 2010 wird nach derzeitigem Kenntnisstand mit einem Fehlbetrag von etwa 2,5 Mio. Euro abschließenden; also eine Verbesserung um rund 1,2 Mio. Euro.

Nun erfahren wir mit der Einladung zu dieser Ratssitzung, dass eine weitere Reduzierung von rund 0,5 Mio. Euro eintreten könnte. Hierbei handelt es sich um in 2010 eingeplante Maßnahmen, die nicht oder nur zum Teil ausgeführt wurden. Somit wird sich der Fehlbetrag unter Berücksichtigung noch aufzulösender Rückstellungen voraussichtlich unter 2,0 Mio. Euro bewegen.

Danke!

Ein gutes Ergebnis – aber noch weit von einem gesetzlich vorgeschriebenem Haushaltsausgleich entfernt, den wir aus eigener Kraft – so wie mein Kollege dies auch in seinen einleitenden Worten verdeutlichte - nicht erreichen werden. Dennoch müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, damit die Schere sich nicht weiter öffnet.

Dieses Ergebnis ist trotz alledem auch ein Erfolg, der viele Schultern hat. An erster Stelle gilt unserem Bürgermeister Manfred Winkens ein herzliches Dankeschön. Er hat als Chef alles zu verantworten – Erfolge und auch Misserfolge. Der Erfolg war auf seiner Seite – Eröffnung des 1. Bauabschnittes der Stadtkernsanierung,

Fertigstellung des Tourismuskonzeptes, um nur einige zu nennen. Dem Kämmerer Willibert Darius danken wir für die mit Augenmaß betriebene umsichtige Haushaltsführung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung danken wir für ihren Beitrag an dieser positiven Entwicklung. Nicht zuletzt danken wir allen Ratskolleginnen und Ratskollegen für die immer offenen und fairen Diskussionen und für die gemeinsam getragenen guten Beschlüsse zum Wohle unserer Stadt.

Kritik ist angebracht!

Insofern führt die Übertragung von Ermächtigungen aus dem Haushalt 2010 in den Haushalt 2011 in Höhe der zuvor erwähnten nicht durchgeführten Maßnahmen in Höhe von 0,5 Mio. Euro zu einer Erhöhung des prognostizierten Verlustes von 4,0 Mio. Euro auf 4,5 Mio. Euro. Diese Ermächtigungsübertragungen sind daher kritisch zu hinterfragen.

Die Verwaltung leitet in ihrer Mitteilungsvorlage einen Automatismus ab, der gesetzlich **nicht** gegeben ist. In der Kommentierung zum § 22 GemHVO „Ermächtigungsübertragung“ steht eindeutig, dass der Bürgermeister, der Kämmerer und auch der Rat die Übertragungsermächtigung aussetzen können. Eine Übertragung muss haushaltswirtschaftlich verträglich und sachlich notwendig bzw. erforderlich sein.

Bis zur Klärung dieser Sachverhalte werden wir die Aussetzung der Ermächtigungsübertragung für die Haushaltsreste aus 2010 mit Ausnahme der Schulbudgets, Tourismus, Projekt Effelder Waldsee und der investiven Maßnahmen beantragen. Für alle aufgeführten Maßnahmen sind neue Mittel im Haushalt 2011 veranschlagt, so dass unseres Erachtens keine Versorgungsengpässe eintreten können.

Zwischenzeitlich hat der Kämmerer uns gegenüber in einem Gespräch bestätigt, dass er hausintern schon diesbezüglich Veto eingelegt hat und Kraft seines Amtes bis spätestens zum Haushaltjahr 2012 eine Hürde einbauen wird. Diese Vorgehensweise ist ganz in unserem Sinne, und wir begrüßen sie ausdrücklich.

Ruhe bewahren!

Von dem veranschlagten Fehlbetrag in Höhe von 4,0 Mio. Euro lassen wir uns nicht beirren. In den zurück liegenden Jahren ab 2007 wurde der Rat immer mit negativen Haushaltsergebnissen in Millionenhöhe konfrontiert - konkret 2007 – 2009 = 3,8 Mio. Euro -. Dem stand ausschließlich ein positives Ergebnis mit einem Gesamtvolumen von 0,8 Mio. Euro und einer Fehleinschätzung von 4,6 Mio. Euro gegenüber. Und auch für das abgelaufene Jahr 2010 wird sich der geplante Fehlbetrag mehr als halbieren.

Der Rückblick gibt uns Mut und Hoffnung für die Zukunft. Er zwingt uns allerdings auch zu gegenwärtigem Handeln. Wir müssen den im letzten Jahr eingeschlagenen Weg der Ausgabenbegrenzung nachhaltig fortführen. In einer Grobanalyse des Jahresergebnisses 2010 haben sich neben Erhöhung der Einnahmen auch die Einsparvorgaben positiv ausgewirkt.

Wir werden die teilplanübergreifende Verrechnung, wie in § 8 in Absatz 1 im Entwurf der Haushaltssatzung verankert, zunächst noch akzeptieren, aber kritisch verfolgen. Dazu sind die Einrichtung eines neutralen und unabhängigen Controllings und der

Aufbau eines Berichtswesens, so wie sie gemäß § 24 GemHVO vorgesehen sind, unabdingbar.

In der Kommentierung heißt es: *„Die örtlichen Verantwortlichkeiten erfordern grundsätzlich die Einrichtung eines Controllings und eines unterjährigen Berichtswesens. Nur regelmäßige Soll-Ist-Vergleiche im viertel- oder halbjährlichen Rhythmus, bei Besonderheiten im Einzelfall auch monatlich, ermöglichen es den Verantwortlichen, von der Planung abweichende Entwicklungen und Tendenzen zu erkennen und Geschäftsprozesse und Verwaltungsabläufe der erforderlichen gemeindlichen Aufgabenerfüllung anzupassen“.*

Wir vertrauen nun der diesbezüglichen Ankündigung des Kämmerers im Vorbericht.

Verbesserungspotenziale!

Nun noch mal zurück zum Haushalt 2011. Der prognostizierte Fehlbetrag liegt bei 4,0 Mio. Euro. Gegenüber dem Ist-Ergebnis von 2010 mit 28,0 Mio. Euro bei den Erträgen plant der Kämmerer für 2011 eine Einnahmeminderung um 1,6 Mio. Euro auf 26,4 Mio. Euro ein. Hier gehen wir von einer günstigeren Entwicklung aus, insbesondere bei den Gewerbesteuererträgen. Der Planansatz des Kämmerers liegt in diesem Bereich mit 1,8 Mio. Euro für 2011 um 0,4 Mio. Euro niedriger gegenüber den Ist-Einnahmen von 2010 mit 2,2 Mio. Euro. Die vorsichtige Einschätzung des Kämmerers akzeptieren wir und verzichten auf eine Anpassung.

Eine weitere Einnahmeerzielung sehen wir – so wie auch der Kämmerer – im Verkauf von nicht betriebsnotwendigem Vermögen. Wir setzen nur die Prioritäten anders. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Einlösung der Zielvorgabe „kurzfristiger bis mittelfristiger Verkauf der Grundstücke an der Viktoriastraße“ vor etwa 7 Jahren.

Sollte durch den Bereich Liegenschaften eine zeitnahe Vermarktung nicht realisiert werden können, regen wir die Einschaltung einer Makleragentur an. Auch die Gewerbegebiete sollten in diese Überlegungen mit eingeschlossen werden. Die von unserem Kämmerer Willibert Darius prognostizierte Gewinnausschüttung der ESW in 6-stelliger Höhe halten auch wir für durchaus realistisch.

Handlungsbedarf

Der Rückgang der Aufwendungen im Vergleich Ist 2010 zu Plan 2011 liegt bei 0,2 Mio. Euro und ist relativ unbedeutend. Negativ aufgefallen sind die extrem hohen Ist-Aufwendungen mit über 71.000 Euro für Prozess- und Gerichtskosten. Hier beantragen wir Akteneinsicht.

Weitere Knackpunkte sehen wir in den Entwicklungen der Energiekosten und in der Schülerbeförderung. Auch diese werden wir sorgfältig beobachten.

Wir haben uns auch mit der Gesamtentwicklung der Aufwendungen beschäftigt und dabei feststellen müssen, dass unser möglicher beeinflussbarer Handlungsspielraum sich nur auf Teilbereiche bei den Sach- und Dienstleistungen sowie auf den Bereich der sonstigen Aufwendungen mit insgesamt etwa 6,0 Mio. Euro von 30,4 Mio. Euro beschränkt. Rückschlüsse über Vorgaben können nur bei einer Langzeitbetrachtung oder bei einer konkreten Verfolgung von Maßnahmen gezogen werden. Ein gut durchdachtes Analyse- und Berichtswesen wäre hierzu sehr hilfreich.

Fazit!

Wir vertrauen und glauben unserem Bürgermeister Manfred Winkens und unserem Kämmerer Willibert Darius, dass uns die Haushaltssicherung jetzt und auch in Zukunft erspart bleiben wird. Wir werden sie dabei in verantwortlicher Weise zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt unterstützen. Erfreulich ist, dass wir auch in 2011 von zusätzlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger absehen konnten und auch die freiwilligen Leistungen für unsere Kinder- und Jugendarbeit sowie die Vereinsunterstützungen ungeschmälert erhalten bleiben.

Unser heutigen und auch künftigen Ziele, für eine kinder- und familienfreundliche Stadt durch Angebote erschwinglicher Grundstücke einzutreten, die Vereine nachhaltig zu fördern und zu unterstützen, die erfolgreiche Schulpolitik in unserer Stadt weiter so zu betreiben, haben für die CDU-Fraktion weiterhin die höchste Priorität.

Wir setzen mit dem Ausbau des Touristikwesens und der Naherholung, der dringend notwendigen Stadtkernsanierung und der Ortskernsanierung Myhl und Verschönerung der Ortschaften auf eine zukunftsweisende Stadtentwicklung. Zur Gestaltung des alten Freibades und des gesamten Umfeldes hat sich der Haupt- und Finanzausschuss beschäftigt und einen Arbeitsauftrag formuliert.

Wir alle müssen gemeinsam störende Einflüsse abwehren, wie zum Beispiel die Initiative der „Linken“ zur Verhinderung des Baues der schon seit zig Jahren überfälligen Umgehung der B221n durch eine Anfrage im Landtag NRW. Hier appellieren wir dringend an die Verwaltung, alle erdenklichen Möglichkeiten zur unverzüglichen Fortführung des Objektes B 221n auszuschöpfen.

Wir als **CDU-Fraktion** nehmen alle auf unserer Reise in die Zukunft mit und laden dazu ein. Auch wenn der Weg sich mal steinig und zäh gestaltet, sollten wir das gemeinsame Ziel nie aus den Augen verlieren. Das gemeinsame Ziel zum Wohle unserer liebenswerten und schönen Stadt Wassenberg zu arbeiten und für sie da sein zu dürfen, ist ein immer wähernder Anspruch. Wir können diskutieren und streiten, aber immer auf Augenhöhe und mit dem notwendigen Respekt und gegenseitiger Achtung.

Das sollten die Linken – und insbesondere deren Sprachrohr – sich merken und von Demagogie und Profilneurose absehen. Dann werden sie womöglich auch mal gesellschaftsfähig und müssten nicht dauerhaft beobachtet werden.

Schluss!

Wir danken alle für die geduldige Aufmerksamkeit. Aber noch nicht ganz zu Ende!

Trotz einiger Unabwägbarkeiten stimmen wir unter Berücksichtigung nachstehender Anregungen und Anträgen dem Haushaltsentwurf 2011 zu.

1. Begrenzung des Jahresfehlbetrages in Höhe von max. 3.987.000,00 Mio. Euro unter gleichzeitiger Begrenzung der ordentlichen Aufwendungen in Höhe von max. 30.360.500,00 Mio. Euro. Unvorhergesehene und unaufschiebbare Sondereinflüsse sind separat zu betrachten.

2. Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung vorrangig aus den Finanzmitteln des Stadtbetriebes
3. Beteiligung der Eigenbetriebe unter Begrenzung oder Aussetzung der Leistungen falls Haushaltssicherung unumgänglich werden sollte.
4. Übertragung der Ermächtigungen aus 2010 zunächst nur für die Schulbudgets, Tourismuskonzept, Entwicklungskonzept Effelder Waldsee und investive Ausgaben. Weitere ergebniswirksame Übertragungen werden bis zu vorliegenden Prüfergebnissen ausgesetzt.
5. Realisierung des Berichtswesens bis spätestens zum Halbjahresabschluss und danach eine vierteljährliche Berichterstattung.

Bevor wir zum Schlusswort kommen, möchten wir noch folgende Anträge, die wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes zur Abstimmung stellen, bekannt geben.

- Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für das Areal Effelder Waldsee umgehend auszuschreiben mit der Maßgabe, dass die Auftragsvergabe bis spätestens Ende Sommer erfolgen kann. Evtl. zusätzliche Mittel über die 50.000 Euro hinausgehend Mittel sind durch Einsparungen oder Umschichtungen zu generieren.
- Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Stellenplan 2011 für eine touristische Fachkraft – Mittelbereitstellung hierfür in 2010 erfolgt
- Ausschreibung der Planstelle für eine touristische Fachkraft und Einstellung bis spätestens Herbst 2011
- Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit – analog der Regelung in Erkelenz – stadteigene Kreisverkehren durch Fremdunternehmen in Patenschaft gepflegt werden können und welche Kosteneinsparungen dadurch möglich sind.
- Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig ein Straßenschadenskataster mit Angabe der geschätzten Instandsetzungskosten und einer Prioritätenliste aufzustellen. Der letzte Winter hat unseren Straßen erhebliche Schäden zugefügt. An manchen Stellen ist die Verkehrssicherheit infrage gestellt und es besteht dringender Handlungsbedarf.

Für die CDU-Fraktion

gez. Karl-Heinz Dohmen
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Martin Kliemt
(Geschäftsführer)